NIEDERSCHRIFT

zur 1. Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Wohnen
(XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **08.02.2021**
Ort der Sitzung: digitale Informationsveranstaltung nur für Ausschussmitglieder
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Herr Sven Ladeck

Sitzungsteilnehmer:

- ## CDU-Fraktion

1. Herr Sven Ladeck
2. Frau Birte Wienands
3. Frau Katharina Reinhold
4. Frau Sabina Kram
5. Frau Ursel Meis — Vertretung für Frau Barbara Brand
6. Herr Heiner Cöllen
7. Herr Mario Loebelt
8. Herr Thomas Jung
9. Herr Uwe Amelungk

- ## SPD-Fraktion

10. Frau Annika Bongartz
11. Frau Doris Rexin-Gerlach
12. Herr Rainer Schmitz
13. Frau Sabine Kühl
14. Herr Udo Bartsch
15. Herr Johannes Strauch — Vertretung für Leif Lüppertz

- ## Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16. Frau Angela Stein-Ulrich
17. Herr Elias Ackburally
18. Herr Hermann-Josef Wienken
19. Frau Swenja Krüppel
20. Frau Marianne Michael-Fränzel

- ## FDP-Fraktion

21. Herr Dirk Rosellen
22. Herr Jan Günther

- **Die Linke**

  23. Herr Marco Nowak

- **UWG**

  24. Herr Carsten Thiel

- **AfD-Fraktion**

  25. Frau Hannelore Byhahn

- **Gäste**

  26. Herr Mathias Junggeburth
  27. Frau Anneli Goebels

- **Verwaltung**

  28. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
  29. Herr Kreisdirektor Brügge
  30. Frau Anja Moll
  31. Frau Ursula Liese
  32. Frau Brigitte Carl-Hosse
  33. Frau Ulrike Weyerstraß
  34. Herr Christian Boehme
  35. Herr Marcus Temburg
  36. Herr Benjamin Josephs
  37. Herr Georg Tadtke

- **Schriftführer**

  38. Frau Jacqueline Dragojevic
  39. Herr Adalbert Kuszynski

Inhaltsverzeichnis

Öffentlicher Teil ... 4
1. Bestellung der Schriftführung ... 4
2. Einführung in die Arbeit des Ausschusses für Soziales und Wohnen ... 4
3. Besetzung der Kommission "Silberner Plan" ... 4
4. Haushalt ... 5
5. Gesellschaftsvertrag der "Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH" ... 5
6. Pflege ... 7
6.1. Verbindliche (Pflege-)Bedarfsplanung ... 7
6.2. Bericht zur Pflege in der Corona-Pandemie ... 8
6.3. Gutachten "Junge Pflege" (Sachstand) ... 9
7. SGB II ... 9
7.1. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel ... 9
7.2. Bildungs- und Teilhabepaket ... 9
8. Landesförderprogramm "Kommunales Integrationsmanagement" (KIM) ... 11
9. Anträge ... 11
9.1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.01.2021 "Service und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH" ... 11
9.2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.12.20 zum Thema Bildungskarte ... 11
9.3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.12.2020 zum Thema Wohnungsbedarfsanalyse ... 11
9.4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.12.20 zum Thema Rhein-Kreis-Neuss-Pass ... 12

Öffentlicher Teil:

Herr Ladeck eröffnete die erste Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen und hieß alle Mitglieder sowie Landrat, Kreisdirektor und Verwaltungsmitarbeiter Willkommen. Herr Ladeck informierte die Ausschussmitglieder, dass während der digitalen Sitzung keine rechtsverbindlichen Beschlüsse gefasst werden können. Es kann ein Stimmungsbild für die Verwaltung und den Kreisausschuss erfasst werden.

Frau Kühl bat die Anfragen bzw. Anträge jeweils mit den dazugehörigen Tagesordnungspunkten gemeinsam zu diskutierten.

Der Vorsitzende sprach sich für die kumulierte Diskussion aus, es wurden keine Einwände erhoben.

1. **Bestellung der Schriftführung**
   Vorlage: 50/0219/XVII/2021

   Beschluss:

   Der Ausschuss für Soziales und Wohnen bestellt
   Herrn Adalbert Kuszynski zum Schriftführer und
   Frau Jacqueline Dragojevic zur stellv. Schriftführerin für die Dauer der XVII. Wahlperiode des Kreistages.

   Abstimmungsergebnis: Einstimmig

2. **Einführung in die Arbeit des Ausschusses für Soziales und Wohnen**
   Vorlage: 50/0245/XVII/2021

   Protokoll:

   Kreisdirektor Brügge stellte Frau Anja Moll als neue Leitung des Sozialamtes, die Anwesenden Leitungskräfte der Produktgruppen und Sachbearbeiter vor. Aufgrund der ausführlichen Darstellung der Ämter in der Vorlage wurde auf eine weitere Vorstellung verzichtet.

3. **Besetzung der Kommission "Silberner Plan"**
   Vorlage: 50/0233/XVII/2021

   Protokoll:

   Ausschussvorsitzender Ladeck bat um Vorschläge für die Besetzung der Kommission „Silberner Plan". Als Mitglieder wurden vorgeschlagen:

   Für die SPD: Herr Leif Lüpertz, als Stellvertreter Herr Mathias Junggeburth
   Für die CDU: Frau Katharina Reinhold, als Stellvertreterin Frau Barbara Brand
   Für Bündnis ´90/Die Grünen: Frau Marianne Michael-Fränzel, als Stellvertreterin Frau Angela Stein-Ulrich
   Für die FDP: Frau Christa Quellmann, als Stellvertreterin Frau Elena Fielenbach
   Für Zentrum: Herr Walter Schmidt, als Stellvertreter Herr Rolf Weyers

Für die Linke: Herr Marco Nowak, als Stellvertreter Herr Mark Becker
Zum Zeitpunkt der Benennung war von der AFD niemand anwesend

Ausschussmitglied Jung bat um einen Sachstandsbericht des Silbernen Plans.

4. Haushalt
Vorlage: 50/0249/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge stellte die relevanten Haushaltspositionen anhand einer Power-Point Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich bat um Erläuterung, aus welchem Grund die Ausgaben für die Unterbringungskosten in Frauenhäusern in 2019 abgewichen sind. Zudem erfragte Ausschussmitglied Stein-Ulrich den Hintergrund für die einmalige Ansatzschmälerung beim Sozialen Handlungskonzept für 2021.
Landrat Petrauschke führte aus, dass durch die Pandemie und die damit eingeführten Einschränkungen die geplanten Projekte nicht umgesetzt werden konnten. Die nichtverbrauchten Haushaltmittel aus 2020 wurden in das Haushaltsjahr 2021 übertragen und der Ansatz entsprechend gemindert.

Stellungnahme der Verwaltung zu den gestiegenen Kosten an den „Unterbringungskosten Frauenhäuser":
Das ansässige Frauenhaus in Neuss wurde in 2019 umfassend renoviert, so dass die hilfesuchenden Frauen auf die Frauenhäuser in den Nachbarkommunen ausgewichen sind.

5. Gesellschaftsvertrag der "Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH"
Vorlage: 50/0238/XVII/2021

Protokoll:

Landrat Petrauschke stellte die zu gründende "Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH" (im Folgenden: Gesellschaft) und ihre Aufgaben vor. Im Anschluss stellte Ausschussmitglied Bartsch den Antrag der Fraktion SPD / Bündnis ´90/Die Grünen: TO 9.1 der Gesellschaft vor.

9.1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.01.2021 "Service und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH"
Vorlage: 50/0239/XVII/2021

Protokoll:

Die Verwaltung soll einen Businessplan vorlegen und die Machbarkeitsstudie als Grundlage zur weiteren Beratung nehmen. Die Städte und die Gemeinde, welche Gedenken die Gesellschaft in Anspruch zu nehmen, sollen eine schriftliche Erklärung abgeben. Darüber hinaus soll ein interfraktioneller Arbeitskreis gebildet werden.

Landrat Petrauschke erörterte die formale Zuständigkeit der Städte und der Gemeinde. In der Vergangenheit haben diese die Aufgabe kreisweit nicht homogen bewältigt. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe könne gebildet werden, jedoch widerspräche ihm ein solches Gremium bei der Gesellschaft, welche sachbezogen die Städte und die Gemeinde beim sozialen Wohnungsbau unterstützen soll.

Ausschussmitglied Cöllen erschließt sich die Schlüssigkeit und die Sinnhaftigkeit des Antrags der SPD / Bündnis ´90/Die Grünen-Fraktion – nicht, da durch mehr Player am Markt mehr Wohnungen entstehen.

Ausschussmitglied Carsten Thiel konnte den Antrag nicht nachvollziehen, da seitens der Antragsteller die Verfahrensdauer bemängelt wurde und das Verfahren durch den Antrag verlängert wird. Er lud die Antragsteller dazu ein, gemeinsam für bezahlbaren Wohnraum im Rhein-Kreis Neuss hinzuwirken. Er führte Beispiele der Vergangenheit aus, bei welchen Privatinvestoren zunächst sozialen Wohnraum zugesagt haben, diesen jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nicht gebaut haben. Er ist der Ansicht, dass eine solche Gesellschaft zweckdienlich sei. Ausschussmitglied Thiel erinnerte an den Bedarf von 30.000 Sozialwohnungen bis 2030 im Rhein-Kreis Neuss.

Ausschussmitglied Rosellen steht der Gründung der Gesellschaft positiv gegenüber, bemängelt jedoch die fehlende Bekanntmachung in den Gremien der Städte und der Gemeinde. Er sprach sich für homogene Rechte aller Beteiligten aus.

Ausschussmitglied Bartsch widersprach der Rechteverteilung nicht. Er führte aus, dass der Rhein-Kreis Neuss neben den kreisangehörigen Kommunen als Auftraggeber auftreten kann.

Ausschussvorsitzender Ladeck fasste den Konsens zusammen, die Machbarkeitsstudie als Grundlage zur weiteren Beratung zu nehmen. Zum anderen soll ein interfraktioneller Arbeitskreis gegründet werden.

Ausschussmitglied Bartsch bestätigte die Nennung eines strategischen Partners, die Äußerungen der Bürgermeister, das Unternehmenskonzept und eine schlanke interfraktionelle Arbeitsgruppe.

Landrat Petrauschke sicherte die Beibringung von erforderlichen Unterlagen zu, er werde mit den Bürgermeistern sprechen und auf schriftliche Zusagen hinwirken. Er machte die Ausschussmitglieder darauf aufmerksam, dass der vorgelegte Satzungsentwurf bereits mit der Bezirksregierung abgesprochen und dass die Erstellung einer Satzung nicht trivial sei.

Ausschussmitglied Ackburally äußerte folgende Fragen an die Verwaltung:

- Welche kreisangehörigen Kommunen haben bereits der Verwaltung gegenüber, Interesse an einer möglichen Kooperation mit einer solchen Gesellschaft signalisiert?
- Gibt es schon Planung wie eine solche Kooperation, nach Vorstellung der Kommunen individuell ausgearbeitet werden kann?
- Wie so eine Struktur gegliedert werden kann, individuell nach den Kommunen?
- In welchem Stadium befinden sich solche Pläne, solche Initiativen umzusetzen?
- Welche Kommunen Interesse haben, welche kein Interesse haben und in welchem Planungsstadium sind?

Landrat Petrauschke erläuterte, dass die Stadt Neuss eine eigene Gesellschaft, die diese Struktur abbildet, bereits hat. Die Stadt Dormagen ist die einzige Stadt im Rhein-Kreis Neuss, die vor zwei Jahren erklärt hat, dass es keinen weiteren Player braucht. Jedoch in der letzten Woche bekannt gab - entgegen dieser ursprünglichen Auffassung -, dass sie eine eigene Wohnungsbaugesellschaft gründen möchte. Die Gemeinde Rommerskirchen, die Städte Jüchen und Korschenbroich können sich eine Teilnahme vorstellen. Mit den Bürgermeistern der Städte Grevenbroich, Kaarst und Meerbusch habe er gesprochen, bei der Teilnahme seien sich diese unschlüssig, stehen einer solchen Gesellschaft nicht ablehnend gegenüber. Sie zeigten sich erfreut, über eine weitere Möglichkeit ihre künftigen Pläne zu verwirklichen. Landrat Petrauschke wies auf eine abweichende Sichtweise der Städte Meerbusch und Kaarst – zum Thema sozialer Wohnungsbau – hin. Mit der Gemeinde Rommerskirchen sei die Verwirklichung am weitesten fortgeschritten, da ein Mehrfamilienhaus gebaut wird, dessen ungeachtet stehen dort weitere Flächen zur Verfügung. In Rommerskirchen sollen zunächst die verfügbaren Flächen, in sozialen und geförderten Wohnungsbau und andere Flächen, aufgeteilt werden. Bei der Stadt Jüchen sei dies ähnlich. Die Stadt Grevenbroich, insbesondere der Stadtrat, habe sich dem Thema des sozialen Wohnungsbaus verschrieben, dabei soll die Stadtentwicklungsgesellschaft der Eigentümer der Objekte werden, jedoch fehle hier jemand, der die Entwicklung der Gebiete übernehme. Hier könne sich der Landrat vorstellen, dass die Stadt Grevenbroich diese Leistungen künftig einkaufen könne. Die eigentlichen Fragen können erst beantwortet werden, wenn diese Gesellschaft gegründet wurde.

Ausschussvorsitzender Ladeck bat die Verwaltung die angesprochenen Fragen des Ausschussmitglieds Ackburally dem Protokoll beizufügen. Die Benennung der Mitglieder und deren Vertreter für die Koordinierungsgruppe wurde in die Fraktionen gegeben. Die Frist zur Bekanntgabe wurde auf den 15.02.2021 terminiert und soll an Herrn Josephs erfolgen.

CDU: Frau Katharina Reinhold und als Stellvertreterin Frau Barbara Brand
UWG/Zentrum: Herr Carsten Thiel und als Stellvertreter Hans-Joachim Woitzik
SPD: Herr Udo Bartsch und als Stellvertreterin Sabine Kühl
FDP: Herr Dirk Rosellen und als Stellvertreter Jan Günther
Bündnis 90/Grüne: Simon Rock und als Stellvertreterin Angela Stein-Ulrich
AfD: N.N.

Die erste Sitzung der Koordinierungsgruppe findet am 22. Februar 2021 statt.

6. Pflege

6.1. Verbindliche (Pflege-)Bedarfsplanung
Vorlage: 50/0232/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge stellt die Präsentation zum Tagesordnungspunkt „verbindliche Pflegebedarfsplanung" vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Bartsch erläuterte Kreisdirektor Brügge, dass kleine Sozialräume wie Jüchen und Rommerskirchen miteinander verbunden werden müssen. Landrat Petrauschke führt dies weiter aus, indem nach der Rechtsprechung

Sozialräume die eng zusammengehören, entsprechend zusammengefasst werden müssen. Aufgrund eines Gutachtens wurden daher Rommerskirchen, Grevenbroich, Dormagen und Jüchen als gemeinsamer Sozialraum zusammengefasst. Kreisdirektor Brügge betont, dass dieser Tagesordnungspunkt lediglich dazu dient festzustellen, dass keine weiteren stationären Pflegeeinrichtungen der Vollpflegeversorgung im Jahr 2021 benötigt werden. Für Kurzzeit- und Tagespflege bedarf es nicht des Instruments der verbindlichen Bedarfsplanung, da anders als im stationären Bereich ein weiterer Ausbau gewünscht ist und die Verwaltung hierfür aktiv wirbt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Frentzen informiert Kreisdirektor Brügge, dass das derzeitige Verfahren für die Anerkennung ausländischer Pflegekräfte aktuell ist. Es bestand die Absicht, das Anerkennungsverfahren in Münster zu zentralisieren, allerdings ist der aktuelle Sachstand unbekannt. Bezüglich der Personalgewinnung im Bereich Pflege nimmt der Rhein-Kreis Neuss eine fördernde Rolle ein, indem bereits im Jahr 2019 ein Bündnis für Pflege mit den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen getroffen wurde, worüber in den vergangenen Ausschüssen informiert wurde. Pandemiebedingt ist dieser Aspekt zunächst in den Hintergrund gerückt. Landrat Petrauschke betont, dass mit der Besetzung des Silbernen Plans die Personalgewinnung gefördert wird und dass dieser Tagesordnungspunkt lediglich der Fehlentwicklung stationärer Einrichtungen vorbeugen soll.

6.2. Bericht zur Pflege in der Corona-Pandemie
Vorlage: 50/0235/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge stellt den aktuellen Sachstand in den Pflegeeinrichtungen vor.

Herr Junggeburth äußert, dass aufgrund des Personalmangels eine tägliche Testung in Pflegeeinrichtungen eine große Herausforderung darstellt und bezieht sich auf das sogenannte „Bio-Monitoring", welches derzeit in der Stadt Köln praktiziert wird. Dabei werden alle zwei bis vier Wochen die Einrichtungen von einem mobilen Testteam besucht und mittels PCR-Testung getestet.

Landrat Petrauschke regt kritisch an, dass eine Testung in diesen großen Abständen vermutlich zu einem stärkeren Infektionsaufkommen in Pflegeeinrichtungen führen kann. Kreisdirektor Brügge bietet an sich dieses Verfahren anzusehen, wenn Herr Junggeburth ihm die entsprechenden Unterlagen zukommen lässt. Kreisdirektor Brügge erläutert, dass sich die tägliche Testung mittels Unterstützung der Bundeswehr in den Betriebsablauf der Einrichtungen integrieren lässt.

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den in diesem Tagesordnungspunkt genannten Einrichtungen nicht um Einrichtungen der Eingliederungshilfe handelt, sondern um stationäre Pflegeeinrichtungen, da dort ein höheres Infektionsgeschehen zu verzeichnen ist.

Auf Rückfrage von Ausschussmitglied Rosellen gab Landrat Petrauschke einen kurzen Überblick über den aktuellen Impfstand.

6.3. Gutachten "Junge Pflege" (Sachstand)
Vorlage: 50/0234/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge stellt den Sachstand zum Gutachten „Junge Pflege" vor.

Auf Nachfrage von Frau Kühl erläutert Kreisdirektor Brügge, dass bis Mitte des Jahres 2021 das Gutachten fertiggestellt werden soll. Er verweist zudem auf vorherige Ausschüsse, in denen laufend über den aktuellen Sachstand des Gutachtens informiert wurde.

7. SGB II

7.1. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel
Vorlage: 50/0243/XVII/2021

Protokoll:

Einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt verweist Ausschussvorsitzender Ladeck auf den Tagesordnungspunkt 9.3. Die Konkretisierung des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels erfolgt in einer morgigen Sitzung. Landrat Petrauschke führt dazu an, dass am nächsten Tag der grundsicherungsrelevante Mietspiegel konkretisiert werden soll.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Thiel führt Landrat Petrauschke aus, dass nach der Rechtsprechung bei der Neubetrachtung des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels stärker auf Angebotsmieten Rücksicht genommen und anhand dessen ein neuer Mietspiegel fortgeschrieben wird. Die derzeitigen Klageverfahren sind in der streitigen Klärung, daher kann über einen aktuellen Sachstand noch keine Auskunft getroffen werden.

Kreisdirektor Brügge betont, dass die Auswahl des Auftragnehmers für die Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels danach erfolgt, wer Angebotsmieten berücksichtigt, wessen Konzepte sich in der Vergangenheit als gerichtsfest erwiesen haben und wie hoch die Kosten für die Erstellung sind.

7.2. Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: 50/0231/XVII/2021

Protokoll:

Landrat Petrauschke erkundigt sich, ob Nachfragen zu diesem Tagesordnungspunkt bestehen.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich erfragt, weshalb die Kosten insbesondere für die Mittagsverpflegung im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 erheblich gestiegen sind, obwohl keine dezentrale Mittagsverpflegung stattgefunden habe.

Landrat Petrauschke führt dazu an, dass aufgrund der dezentralen Mittagsverpflegung Mehrkosten entstanden sind, die übernommen wurden. Ausschussmitglied Stein-Ulrich verweist zusätzlich darauf, dass die Kosten für soziale und kulturelle Teilhabe auch gestiegen sind und erfragt wie diese Kostenerhöhung zustande gekommen ist.
Kreisdirektor Brügge weist darauf hin, dass es sich um Daten handelt, die dem Haushalt entnommen wurden und schlägt vor, dass die Verwaltung die Kostenaufstellung prüft und diese dem Protokoll beifügt. Die Prüfung der Kostenaufstellung ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Kreisdirektor Brügge betont an dieser Stelle, dass zukünftig im Bereich Bildung und Teilhabe Prozessoptimierungen stattfinden sollen. Hierbei soll beispielsweise die derzeitige Erbringungsform der Leistungen überdacht werden. Über Änderungen wird laufend in den kommenden Ausschüssen für Soziales und Wohnen informiert.

Ausschussvorsitzender Ladeck bietet Ausschussmitglied Stein-Ulrich an, ihren Antrag 9.2. jetzt vorzubringen, da dieser inhaltlich zum Bereich Bildung und Teilhabe gehört.

9.2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.12.20 zum Thema Bildungskarte
Vorlage: 50/0236/XVII/2021

Protokoll:

Ausschussmitglied Stein-Ulrich stellt den Antrag auf Einführung der Bildungskarte vor. Laut einer Darstellung des Paritätischen Wohlstandsverbands liege die Inanspruchnahme der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Rhein-Kreis Neuss bei lediglich 11 % bis 12 %. Die Bedeutung des Antrages liege insbesondere darauf, die Inanspruchnahme dieser Leistungen zu steigern.

Im Antrag werde die Stadt Hamm als Beispiel genommen, bei der die Inanspruchnahme der Leistungen für Bildung und Teilhabe durch die Einführung einer Bildungskarte mittlerweile bei ungefähr 90 % liege. Ausschussmitglied Stein-Ulrich habe mit der stellvertretenden Amtsleiterin gesprochen die ihr bestätigt habe, dass die Bildungskarte stigmatisierungsfrei sei und dass die Umstellung auf die Bildungskarte für die Anbieter leicht umsetzbar gewesen sei. Zusätzlich habe die stellvertretende Amtsleiterin geäußert, dass mit der Einführung der Bildungskarte kein höherer Verwaltungsaufwand einhergehe.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich habe Kontakt zu Dr. Becker, dem Geschäftsführer von Syrcon gehabt, der eine einfache Umsetzung am Beispiel der Stadt Bielefeld bestätige und die Vorteile der Bildungskarte in einem der nächsten Ausschüsse vorstellen könne.

Kreisdirektor Brügge gibt zu bedenken, dass es sich beim Jobcenter der Stadt Hamm, anders als beim Jobcenter des Rhein-Kreises Neuss, um ein kommunales Jobcenter handelt und sich die Software in den Jobcentern unterscheidet. Hierbei könnte es zu Umsetzungsschwierigkeiten kommen.
Ausschussmitglied Rosellen begrüßt eine Prüfung der Umsetzung, teilt jedoch auch die Bedenken bei der Stigmatisierung. Auch mit dem Vorlegen einer Bildungskarte statt eines Gutscheins könnte eine Stigmatisierung stattfinden.

Ausschussmitglied Kühl wirft ein, dass eine Stigmatisierungsfreiheit an Schulen gewährleistet wäre, wenn die Bildungskarte zugleich Schülerausweis ist, Kreisdirektor Brügge

wies daraufhin, dass die meisten Schulen bereits Schülerausweise vergeben hätten. Hierbei verweist Kreisdirektor Brügge nochmals darauf, dass in Zukunft insbesondere im Bereich Bildung und Teilhabe eine Prozessoptimierung erfolgen soll. Dabei steht auch die mögliche Umstellung auf Geldleistung im Raum.

Ausschussvorsitzender Ladeck hält als Zwischenergebnis fest, dass die Verwaltung den Antrag von Frau Stein-Ulrich prüfen wird und hierzu eine entsprechende Rückmeldung gibt.

8. Landesförderprogramm "Kommunales Integrationsmanagement" (KIM) Vorlage: 50/0241/XVII/2021

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge stellt die Präsentation zum Landesförderprogramm „Kommunales Integrationsmanagement" (KIM) vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schmitz bestätigt Kreisdirektor Brügge, dass sechs weitere Stellen ergänzend zum Kommunalen Integrationszentrum im Rhein-Kreis Neuss, vom Land gefördert, eingestellt werden.

Ausschussmitglied Kühl erkundigt sich, ob das Konzept es vorsieht die kreisangehörigen Städte und die Gemeinde miteinzubeziehen und ob diese auch in der Lenkungsgruppe vertreten sind. Kreisdirektor Brügge gibt dazu die Auskunft, dass in der Lenkungsgruppe die Städte und die Gemeinde durch ihre Dezernenten im Bereich Integration und/oder Jugend vertreten sind. Weiterhin führt Kreisdirektor Brügge aus, dass der Ansteuerungsbereich im Kreiskontext erfolgen wird, da diesem die Fachaufsicht obliegen muss. Die sechs zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in den kreisangehörigen Städten und der Gemeinde arbeiten.

9. Anträge

9.1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.01.2021 "Service und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH" Vorlage: 50/0239/XVII/2021

Ausführungen siehe Tagesordnungspunkt 5.

9.2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.12.20 zum Thema Bildungskarte Vorlage: 50/0236/XVII/2021

Ausführungen siehe Tagesordnungspunkt 7.2.

9.3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.12.2020 zum Thema Wohnungsbedarfsanalyse Vorlage: 50/0240/XVII/2021

Protokoll:

Zur Wohnungsbedarfsanalyse erklärte Landrat Petrauschke, dass die InWIS Forschung & Beratung GmbH mit der Fortschreibung beauftragt wurde und am Dienstag, den 09.02.2021 ein erstes Abstimmungsgespräch erfolgt.

9.4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.12.20 zum Thema Rhein-Kreis-Neuss-Pass Vorlage: 50/0237/XVII/2021

Protokoll:

Ausschussmitglied Stein-Ulrich stellt den Antrag auf Einführung eines Rhein-Kreis-Neuss-Passes vor und erläutert, dass mit diesem Pass Menschen Vergünstigungen in verschiedenen Bereichen erhalten können. Anders als die Familienkarte, welche man nur erhält wenn man ein oder mehrere Kinder hat, wird dieser Pass auch finanziell benachteiligten Menschen ausgehändigt. Hierzu regt Ausschussmitglied Stein-Ulrich an, dass dieser Pass mit der Bildungskarte kombiniert werden kann.

Ausschussmitglied Rosellen regt an abzuwarten, wie sich der Neuss-Pass entwickelt. Je nach Entwicklung könne der Neuss-Pass auf das gesamte Kreisgebiet ausgeweitet werden. Er gibt zu bedenken, dass nicht zu viele Karten nebeneinander ausgestellt werden sollen, sondern stattdessen eine Karte kreisweit ausgeteilt werden soll.

Hierzu wirft Ausschussmitglied Carsten Thiel ein, dass der Neuss-Pass bisher von den Bürgerinnen und Bürgern nicht gut angenommen wurde. Er schlägt vor statt dem Neuss-Pass die Familienkarte auf das Kreisgebiet auszudehnen.

Ausschussvorsitzender Ladeck schlägt vor, bei den Kommunen abzufragen, ob Bedarf an einem solchem Pass besteht und wie hoch dieser Bedarf ist.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich entgegnet, dass die Familienkarte keine Armut berücksichtige und dementsprechend finanziell benachteiligte Menschen keine Familienkarte und somit keine Vergünstigung erhalten.

Die Verwaltung und die Sozialdezernenten werden gemeinsam überlegen, ob ein kreisweites Konzept sinnvoll wäre und es werden erste organisatorische Überlegungen angestellt, beispielsweise wer einen solchen Pass austeilt. Hierzu wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen berichtet.

Ausschussvorsitzender Ladeck erklärt, sich bei dem nächsten Ausschuss strikt an die Geschäftsordnung zu halten und nur die dort aufgeführte Anzahl an Wortmeldungen zuzulassen.

Ausschussvorsitzender Ladeck fragt die Ausschussmitglieder, ob weitere Anfragen an die Verwaltung bestehen.

Ausschussmitglied Krüppel erkundigt sich nach der Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzepts Inklusion aus dem Jahr 2007 und fragt zugleich, ob eine Wiederbelebung des Arbeitskreises in Planung ist. Dieses Konzept sei im Internet nicht auffindbar.

Kreisdirektor Brügge erläutert, dass dieses Konzept im Jahr 2020 fortgeschrieben werden sollte, jedoch im Zuge der Covid-19-Pandemie nicht geschehen ist. Die Fortschreibung dieses Konzepts ist in Planung, es ist jedoch unklar ob die Fortschreibung im Jahr 2021 realisiert werden kann.

Ausschussvorsitzender Ladeck bedankt sich bei der Verwaltung und schließt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Sven Ladeck	**Adalbert Kuszynski**	**Jacqueline Dragojevic**
Vorsitzender	Schriftführer	Schriftführerin